

Im Klartext: Es geht um die Sicherheit der Investitionen und Profite deutscher Konzerne, nicht um Menschenrechte.

Keine Sicherheit für uns

Für die Menschen in Afghanistan und in unserem Land ist die Lage jedoch keineswegs „sicherer“ geworden. Mit dem offiziellen Ende der Mission im Jahr 2014 hinterließ die NATO ein völlig zerrüttetes und zerstörtes Land. Die fundamentalistische Taliban hat mittlerweile große Gebiete Afghanistans zurückerobert. Wenn deutsche Verteidigungs- oder Außenminister Afghanistan besuchen wollen, dann können sie sich in diesem Land nur mit schussicheren Westen und Helmen bewegen. Ihre Besuchstermine werden aus Sicherheitsaspekten geheim halten. Die Bundeswehr soll möglicherweise noch auf Jahrzehnte dort stationiert und im Kampfeinsatz bleiben. Über Geflüchtete aus diesem Gebiet muss man sich also nicht wundern. Eins ist klar, wer Krieg säht wird Flüchtlinge ernten. Seit

dem Beginn des NATO-Krieges in ihrem Land, sind zehntausende AfghanInnen nach Deutschland geflohen.

Abschiebung um jeden Preis

Am 31. Mai kommt es zu einem Autobombenanschlag in der Afghanischen Hauptstadt Kabul.

*Im Klartext:
Es geht um die Sicherheit der Investitionen und Profite deutscher Konzerne, nicht um Menschenrechte*

Neben dem Tod von 150 Menschen und hunderten Schwerverletzten beklagt die deutsche Botschaft Dutzende zerstörte Fensterscheiben.

Die Bundesregierung setzt die Abschiebungen nach Afghanistan vorerst aus. Jedoch nicht etwa weil sie Afghanistan nicht mehr

für „sicher“ hält, sondern weil die deutsche Botschaft dort gerade „nicht arbeitsfähig sei“. Auf den anschließenden Demonstrationen gegen Korruption und Unfähigkeit der Regierung, eröffnen „Sicherheitskräfte“ das Feuer auf die DemonstrantInnen. Sieben Menschen werden erschossen. Es kommt später zu weiteren Anschlägen auf die Beerdigungen der Opfer.

Es gibt zwar bisher keine offiziellen Zahlen zu den Schicksalen von abgeschobenen Flüchtlingen. Medien berichten jedoch immer häufiger von Todesfällen durch Attentate, Entführungen oder Selbstmorde.

Nach einer kurzen Pause sind nun für Juli wieder Abschiebe-Flüge nach Afghanistan zu erwarten. Das ist nicht nur unmenschlich. Es zeigt auch, dass die deutschen Herrschenden bereit sind auf der ganzen Welt für Konzerninteressen Krieg zu führen, ohne die Konsequenzen dafür zu tragen.

TERMINE

Hamburg
7.-8.6. | G20 Gipfel und Proteste

Köln
Treffen der „antikapitalistischen Initiative“
Do | 13.7 | 18:30 | Multikulti e.V.
VA: „Das war der Gipfel!“
Do | 27.7. | 18:30 | Rudolfplatz

Cottbus
16.7. | Viva con Aqua Floßrennen mit Aftershow im Chekov
21.-22.7. | Stuss am Fluss Festival
Jeden Donnerstag | 18:00 | Chekov Fyhamnd

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

- fb.com/PerspektiveOn
- t.me/perspektiveon
- instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus i.G.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Nicht unser Wohl, sondern der Profit der Unternehmen steht im Vordergrund

– von Kevin Hoffmann –

Was ist das Leben der ArbeiterInnen wert? Warum ist die Lebenserwartung von ArbeiterInnen und GeringverdienerInnen deutlich niedriger, als von höchstbezahlten Managern und Eigentümern von Unternehmen und Fabriken?

In der Nacht zum 14.06.2017 ist in London ein 28 stöckiges Hochhaus in Flammen aufgegangen. Innerhalb von wenige Minuten breitete sich das Feuer von den unteren Stockwerken bis ins

oberste aus. Eine Woche nach dem Brand ist der Tod von 79 BewohnerInnen bestätigt. Die tatsächlich geschätzte Zahl der Toten geht in die Hunderte. Auch wenn die Brandursache bisher nicht klar ist, so steht doch fest, weshalb sich das Feuer so schnell ausbreitete. Das im vergangenen Jahr sanierte Hochhaus hatte eine neue Fassadendämmung bekommen, welche leichtentzündlich war und als Brandbeschleuniger diente. Laut der Zeitung Times hätte eine feuerfeste Dämmung für das

gesamte Haus rund 5.700 € mehr gekostet, so entschied sich der Eigentümer für die risikoreiche billige Variante. Auch Feuerschutztüren oder eine Sprinkleranlage gab es in dem Hochhaus nicht. Das Hochhaus war für die rund 600 BewohnerInnen der letzte bezahlbare Wohnraum im Stadtteil Kensington. Nun werden vermutlich Luxuswohnungen an Stelle des alten Hochhauses an der selben Stelle errichtet werden.



Dieses traurige Ereignis ist nur eines von unzähligen Beispielen, in denen Menschen auch mitten in Europa sterben mussten, um den Profit der Unternehmer, der Kapitalisten zu steigern. In der vergangenen Ausgabe dieser Zeitung berichtete ein Gerüstbauer aus Deutschland über die gefährliche und gesundheitsschädliche Arbeit, der er jeden Tag für einen Hungerlohn ausgesetzt ist. Das sind im Endeffekt zwei Seiten der selben Medaille. Es wird bei der arbeitenden und armen Bevölkerung gespart, um den Extraprofit der Kapitalisten zu steigern. Allein im vergangenen Jahr sind laut der Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) 424 ArbeiterInnen bei der Verrichtung ihrer Arbeit in Deutschland gestorben. Hinzu kommen 876.579 gemeldete Arbeitsunfälle und eine unbestimmte Anzahl nicht gemeldeter Arbeitsunfälle. Dabei berichten viele ArbeiterInnen, dass viele Standards der Arbeitssicherheit in deutschen Betrieben oft nicht eingehalten würden, da sie zu zeitaufwendig und zu teuer seien.

Gemeinsam mit der steigenden Anzahl der Menschen welche durch ihre Arbeit Krank werden, sinkt nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Lebenserwartung von Arbeiterinnen und Arbeitern deutlich ab.

Wer in Deutschland überdurchschnittlich viel verdient, hat auch eine deutlich höhere Lebenserwartung. Im Schnitt leben Reiche bis zu 12 Jahre länger.

Zahlreiche Studien belegen heute den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung. Wer in Deutschland überdurchschnittlich viel verdient, hat auch eine deutlich höhere Lebenserwartung. Im Schnitt leben die Reichen bis zu 12 Jahre länger als einfache Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland. Entscheidender Faktor ist das

Einkommen, welches ausschlaggebend ist für die Wohnsituation, die Möglichkeiten der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Finanzierung von Urlaub und Freizeit, insbesondere zum Stress Abbau, aber auch die Bezahlbarkeit teurer Medikamente, welche nicht von den Krankenkassen bezahlt werden.

Die körperliche und psychische Belastung für Arbeiterinnen und Arbeiter ist um ein vielfaches höher als für die Besitzer von Fabriken und Unternehmen. Das Fördert die Entstehung und Ausbreitung von Depressionen und andern psychischen Krankheiten, aber auch von direkten physischen Erkrankungen, bis zur Entstehung von bestimmten Krebsarten.

Auch die BewohnerInnen und Angehörigen der Opfer des Londoner Hochhausbrandes sahen sehr schnell den Zusammenhang zwischen der Katastrophe und dem Profitstreben der Unternehmer. So protestierten sie bereits zwei Tage nach dem Brand, während einer Sitzung des Bezirksrates, zu hunderterten mit den Parolen „Wir wollen Gerechtigkeit!“, „schämt Euch!“ und „Mörder!“. Die aufgebrachtten ArbeiterInnen stürmten das Bezirksrathaus und machten klar, dass sie Aufklärung fordern. „Das Haus war eine Todesfalle und sie wussten das!“ so der beispielhafte Ausruf eines Demonstranten. Die Menschen fordern die Aufklärung der Brandkatastrophe und eine Abkehr von diesem Profit-gesteuerten System. „Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden“, skandierte die Menge der DemonstrantInnen immer wieder. Das stimmt sicher, denn ohne die gerechte Teilhabe aller am Reichtum der Gesellschaft, wird es keinen gesellschaftlichen Frieden geben.



„Das ist Klassenkampf!“ - Gerechtigkeit für Greenwill!

Erst zerstöre ich dein Land, dann schiebe ich dich dahin ab

– Von Tim Losowski –

Stell dir vor, dein Nachbar zündet dein Haus an, du fliehst, klopfst an seine Tür und bittest um eine kurze bleibe. Er lässt dich herein, nur um dich kurze Zeit später wieder rauszuwerfen und in dein brennendes Haus abzuschieben. Mit diesem Bild kann man die aktuelle deutsche Abschiebepolitik nach Afghanistan beschreiben.

Seit dem Jahr 2001 befindet sich nun die Bundeswehr unter einem NATO-Kommando in Afghanistan. Ihre offizielle Mission: „Sicherheit schaffen“. Doch von Anfang an ging es um viel mehr. So sprach der deutsche Verteidigungsminister Peter Struck im Jahr 2004 davon, dass „unsere Sicherheit nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“ wird. Um wessen Sicherheit es wirk-

lich ging hat dann 2010 der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler erklärt: „Meine Einschätzung ist (...) dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicher-



heit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

Es ist Mittwoch morgen, 31. Mai. Heute ist Berufsschule für Asef N. Im Herbst soll seine Ausbildung in Nürnberg beginnen, seit vier Jahren ist der Afghane nun schon in Deutschland. Doch als Asef in der Schule ankommt warten bereits die Beamten auf ihn. Ihr Auftrag: Asef abschieben. Jetzt sofort. Asef steht unter Schock, die Beamten nehmen ihn mit nach draußen, seien MitschülerInnen kommen mit. Was dann passierte hat bundesweit für aufsehen ge-

sorgt: Noch bevor der wartende Streifenwagen losfahren kann, haben seine MitschülerInnen bereits eine Sitzblockade um das Auto herum gebildet.

Abschiebung & Widerstand konkret

Immer mehr BerufsschülerInnen kommen hinzu, auch Lehrkräfte. Die Polizei beginnt brutal gegen die Sitzblockade mit Schlag-

stöcken vorzugehen. Asef wird aus dem Auto gezerrt und in ein anderes gebracht. Hunderte SchülerInnen rennen dem Auto hinterher, versuchen sich davor zu werfen. Mittlerweile ist bereits die Bayerische Spezialeinheit „USK“ im Einsatz. Das Auto kann wegfahren, Wut und Verzweiflung bleiben. Anschließend gibt es eine Demonstration mit 300 SchülerInnen. Bundesweit finden Solidaritätsaktionen statt, die den Widerstandsgest aus Nürnberg aufgreifen.